

ADAC fordert auf Hauptversammlung erneut höhere Pendlerpauschale

Nicht nur teures Rohöl und die hohe Steuerlast auf Kraftstoffe seien schuld an den derzeit explodierenden Spritpreisen, sondern auch wettbewerbswidrige Praktiken im Raffineriebereich. „Es ist nicht akzeptabel, wenn freie Tankstellen ihren Kraftstoff bei den Raffinerien teurer einkaufen müssen, als ihn die Marken an ihren Tankstellen verkaufen“, sagte ADAC-Präsident Peter Meyer heute anlässlich der Hauptversammlung des Automobilclubs in München.

Dies sei eine eindeutige und rechtswidrige Diskriminierung der mittelständischen Betriebe, damit werde der Wettbewerb außer Kraft gesetzt, beklagte Meyer. Es sei richtig, dass das Bundeskartellamt jetzt mehr Möglichkeiten bekomme, um den Markt mit Hilfe einer eigenen Sektoruntersuchung genauer zu durchleuchten.

Um den gestiegenen Arbeitswegkosten gerecht zu berücksichtigen, sprach sich der ADAC-Präsident erneut für eine schnellstmögliche Erhöhung der Entfernungspauschale aus. Mindestens aber müsse die 2004 erfolgte Kürzung von 36 Cent für die ersten zehn und 40 Cent für alle weiteren Entfernungskilometer auf heute 30 Cent zurückgenommen werden.

Im Hinblick auf die im vergangenen Jahr erstmals seit 20 Jahren wieder gestiegene Zahl der Verkehrstoten forderte der Peter Meyer eine weitere Verbesserung der Fahrausbildung. „Insbesondere die Risikobereitschaft der jungen Fahrer muss mit geeigneten Programmen verringert werden“, sagte er. Der ADAC plädiert deswegen für eine zweite Stufe in der Fahrausbildung. In dieser sollten die Führerscheinneulinge mit speziellen Kursen gezielt zu einer defensiveren Fahrweise gebracht werden.

Die Hauptversammlung des Münchner Automobilclubs findet vor dem Hintergrund erfolgreicher Wirtschaftszahlen statt. So konnte der ADAC im vergangenen Jahr mit über 580 000 neuen Mitgliedern das beste Wachstum seit den Wendejahren 1990 bis 1992 verzeichnen. Die Beitragseinnahmen belaufen sich auf 677 Millionen Euro, für Leistungen wurden 659 Millionen Euro ausgegeben. Hauptgrund dafür war die erneut

sehr hohe Zahl von Pannenhilfen, für die allein 305 Millionen Euro aufgewendet werden mussten. (ampnet/jri)